

**V-26** Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Antragsteller\*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Nach einem historischen Wahlerfolg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahl zum
- 5 Europäischen
- 6 Parlament werden die Weichen in der Europäischen Union neu gestellt. Das neue
- 7 Europäische
- 8 Parlament hat sich mit einer starken Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz neu
- 9 formiert. Im November 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf
- 10 und ihr
- 11 Arbeitsprogramm wird wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik.
- 12 Die
- 13 ersten großen Gesetzesvorhaben werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem
- 14 1. Juli 2020
- 15 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem
- 16 1. Juli
- 17 2020 bis Ende 2021 mit Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft.
- 18 Im
- 19 zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert
- 20 gemeinsame Ziele
- 21 und Prioritäten und erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während
- 22 der drei
- Präsidentschaften befassen wird.
- Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-
- Präsidentschaft wird.
- Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen
- fallen. Hier
- gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU
- auf
- verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser
- Klimaschutzziele zu leisten. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur
- national
- beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur
- noch
- übertroffen von Deutschlands Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr
- Klimaschutz.
- Es darf nicht sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der
- Bundesregierung

23 die Europäischen Union lähmt und dadurch die EU bei dieser rasanten Entwicklung den  
24 Anschluss verliert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare  
25 und  
26 energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende.  
27 Dafür  
28 muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser  
29 Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden (HIER DAS Ziel dann  
30 einfügen, auf  
31 das sich die BDK einigt). Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage ein  
32 Klimaschutzgesetz angekündigt. Dieses Gesetz muss verbindlich einen  
33 Treibhausgasminderungspfad festlegen und mit den notwendigen Maßnahmen in den  
34 Sektoren  
35 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich  
36 erreicht. Auf Deutschland wird es dann ankommen, dass sich die Mitgliedstaaten im  
37 Rat auf  
38 eine ambitionierte Position einigen. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall  
39 der Maßstab für sein!

35 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen  
36 vollständigen  
37 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden,  
38 sieht es  
39 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Dabei ist klar: auch andere europäische  
40 Kohleregionen  
41 zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen und ihre  
42 Regierungen ambitionierte Klimaziele auch nicht ohne Unterstützung mittragen. Der  
43 derzeit  
44 angestrebte Just-Transition Fonds ist dafür eine Grundlage. Die grüne Transformation  
45 der  
46 europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im  
47 nächsten EU  
48 Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus  
49 dem  
50 Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir können für das Klima auch viel  
51 tun mit  
52 einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien setzt - dafür braucht die  
53 EU  
54 auch eine grüne Industriepolitik.

46 Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran  
47 festhalten,  
48 dass nur 25% der Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027 der EU  
49 einen Beitrag  
50 zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Bisher fordert das Europäische  
51 Parlament  
52 dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die  
53 Biodiversität, ein  
54 erster richtiger Schritt. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür  
55 einsetzen,

51 dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der  
52 Europäischen  
53 Union endlich aufbricht.  
54 EU Haushalt stärken  
55 Für die Finanzierung von ernst gemeintem Klimaschutz, für den sozialen  
56 Zusammenhalt in  
57 Europa, aber auch für Innovation, Austausch der Bürgerinnen und Bürger braucht es  
58 einen  
59 gestärkten EU Haushalt. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen  
60 Finanzrahmen auf  
61 europäischer Ebene laufen. Sie werden vermutlich während der deutschen  
62 Ratspräsidentschaft  
63 abgeschlossen werden.  
64 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro  
65 für den  
66 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar  
67 das  
68 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am  
69 europäischen Bruttoinlandsprodukt für den europäischen Haushalt fest, und möchte an  
70 den  
71 Ausgaben aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU  
72 zur  
73 Blockade wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-  
74 Haushalt  
75 gegenfinanzieren könnten. Das bedeutet de facto: keine Investitionsoffensive für das  
76 Klima,  
77 ein Nein zu von der Leyens Programm. Wir wollen x, y für den EU Haushalt (ZIEL hier  
78 einfügen, auf das sich die BDK im Bauantrag einigt).  
79 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen  
80 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.  
81 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘  
82 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus  
83 Europa die  
84 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB)  
85 an.  
86 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der  
87 EIB für  
88 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit  
89 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit  
90 den  
91 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr  
92 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB  
93 mehr  
94 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können  
95 und eine  
96 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen.

Einen  
80 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.  
81 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen  
82 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen  
Schwerpunkt auf  
83 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren  
auf der  
84 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und  
Menschenrechte.  
85 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Doch  
europäische  
86 Demokratie ist kein Selbstläufer. In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus  
stärken wir  
87 gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern  
Bündnis  
88 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und  
Rechtsstaatlichkeit  
89 systematisch und dauerhaft untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen  
Regierungen  
90 die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Das muss im  
nächsten  
91 Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher Ratspräsidentschaft verankert werden.  
92 Die bestehenden Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und  
Demokratie  
93 sollten auch während der Ratspräsidentschaft weiterentwickelt werden: Wir brauchen  
dringend  
94 einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus. Darunter verstehen wir einen  
umfassenden, alle  
95 Mitgliedsstaaten einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und  
96 Rechtsstaatlichkeit durch eine unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen  
97 Parlamenten und dem Europäischen Parlament ernannten Verfassungsexperten  
zusammensetzt.  
98 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und  
99 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-  
Kommission"  
100 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und  
101 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen  
102 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU  
stärken.  
103 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche  
104 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und  
105 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.  
106 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen  
107 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch  
gegen  
108 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft  
zeigen:  
109 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den

andauernden  
110 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.  
111 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU  
112 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die  
113 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände  
verhindern  
114 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte  
115 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass  
die  
116 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche  
Antidiskriminierungsgesetzgebung mit  
117 verhindert haben.  
118 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die  
119 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und  
120 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer  
121 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen  
122 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade  
zu  
123 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht  
und eine  
124 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die  
125 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und  
126 Umweltverbrechen sind.  
127 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich  
für  
128 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik,  
die nur  
129 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und  
130 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass  
131 Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber  
auch  
132 Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine  
konkrete  
133 Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für  
134 Menschenrechte und Demokratie des Europäischen Rates voranzutreiben.  
135 Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar  
werden und ein  
136 Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden.  
137 An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von  
Geflüchteten und  
138 die Genfer Flüchtlingskonventionen.  
139 Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf  
die  
140 Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die

Menschenrechte,  
141 das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.

## **Begründung**

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht an!

Als Europapartei definieren wir unsere Erwartungen an die Bundesregierung rechtzeitig.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sven Giegold (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Henrike Hahn (KV München); Henning Schurig (KV Stuttgart); Julian Dietzschold (Heidelberg KV); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Michael Gross (KV Biberach); Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Melis Sekmen (KV Mannheim); Anja Reinalter (KV Biberach); Ulle Schauws (KV Krefeld); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); Mareile Große Beilage (KV Mannheim); Leoni Neubauer (KV Mannheim); Alexandra Alth (KV Reutlingen); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); sowie 5 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.